

175663-2025 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen – Vergabeverfahren Tragwerksplanung für den Neubau einer Kita im Fritz-Ulrich-Weg in Schwaikheim

OJ S 55/2025 19/03/2025

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Gemeinde Schwaikheim

E-Mail: bauamt@schwaikheim.de

Rechtsform des Erwerbers: Lokale Gebietskörperschaft

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Vergabeverfahren Tragwerksplanung für den Neubau einer Kita im Fritz-Ulrich-Weg in Schwaikheim

Beschreibung: Gegenstand dieses Vergabeverfahrens sind Leistungen der Tragwerksplanung und weitere Leistungen für den Neubau einer Kita im Fritz-Ulrich-Weg in Schwaikheim (stufenweise Beauftragung, siehe Vertrag).

Kennung des Verfahrens: f8060e6a-2efb-4121-a304-debc52274d8d

Interne Kennung: GSCHWAIK-2025-0001

Verfahrensart: Offenes Verfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen

2.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Marktplatz 2 - 4

Stadt: Schwaikheim

Postleitzahl: 71409

Land, Gliederung (NUTS): Rems-Murr-Kreis (DE116)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Die für die Abgabe eines Angebots erforderlichen Vergabeunterlagen können mit und ohne Registrierung angegebenen Link kostenlos angesehen und heruntergeladen werden. Angebote sind ausschließlich elektronisch in Textform über die angegebene Vergabepattform einzureichen. Es ist unzulässig, Angebote stattdessen unmittelbar an die Vergabestelle zu senden. Rückfragen müssen ebenfalls über die angegebene Vergabepattform gestellt werden. Die - anonymisierten - Rückfragen und Antworten und etwaige Änderungen und Ergänzungen der Vergabeunterlagen werden nur auf

der Vergabepattform zur Verfügung gestellt. Alle Interessenten müssen sich daher regelmäßig selbst auf der Vergabepattform informieren, ob Rückfragen und Antworten, Änderungen oder Ergänzungen zur Verfügung eingestellt wurden, die dann bei der Erstellung der Angebote zu beachten sind.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: Angaben zu Insolvenzverfahren und Liquidation (§ 124 Abs. 1 Nr. 2 GWB).

Korruption: Eigenerklärung, dass keine Ausschlussgründe i.S.v. § 123 Abs. 1 bis 3 GWB vorliegen.

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: Eigenerklärung, dass keine Ausschlussgründe i. S.v. § 123 Abs. 1 bis 3 GWB vorliegen.

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs: Eigenerklärung, dass mit anderen Unternehmen keine Vereinbarungen getroffen oder Verhaltensweisen aufeinander abgestimmt wurden, die eine Verhinderung, eine Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken (§ 124 Abs. 1 Nr. 4 GWB).

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: Eigenerklärung, dass bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen wurde (§ 124 Abs. 1 Nr. 1 GWB).

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Eigenerklärung, dass keine Ausschlussgründe i.S. v. § 123 Abs. 1 bis 3 GWB vorliegen.

Betrugsbekämpfung: Eigenerklärung, dass keine Ausschlussgründe i.S.v. § 123 Abs. 1 bis 3 GWB vorliegen.

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: Eigenerklärung, dass für das Unternehmen kein Ausschlussgrund i. S. v. § 21 Abs. 1 des Arbeitnehmerentsendegesetzes (AEntG), § 98c des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG), § 19 Abs. 1 des Mindestlohngesetzes (MiLoG) oder § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes (SchwarzArbG) vorliegt.

Zahlungsunfähigkeit: Angaben zu Insolvenzverfahren und Liquidation (§ 124 Abs. 1 Nr. 2 GWB).

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Eigenerklärung, dass für das Unternehmen kein Ausschlussgrund i. S. v. § 21 Abs. 1 des Arbeitnehmerentsendegesetzes (AEntG), § 98c des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG), § 19 Abs. 1 des Mindestlohngesetzes (MiLoG) oder § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes (SchwarzArbG) vorliegt.

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: Angaben zu Insolvenzverfahren und Liquidation (§ 124 Abs. 1 Nr. 2 GWB).

Falsche Angaben, verweigerte Informationen, die nicht in der Lage sind, die erforderlichen Unterlagen vorzulegen, und haben vertrauliche Informationen über dieses Verfahren erhalten.: Eigenerklärung, dass mit anderen Unternehmen keine Vereinbarungen getroffen oder Verhaltensweisen aufeinander abgestimmt wurden, die eine Verhinderung, eine Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken (§ 124 Abs. 1 Nr. 4 GWB).

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: Eigenerklärung, dass die Leistungserbringung unabhängig von Ausführungs- und Lieferinteressen erbracht wird, und Erklärung zu wirtschaftlichen Verknüpfungen mit Dritten, die für die zu vergebenden Leistungen relevant sind.

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens:

Schwere Verfehlung im Rahmen der beruflichen Tätigkeit: Eigenerklärung, dass im Rahmen der beruflichen Tätigkeit keine schwere Verfehlung begangen wurde, durch die die Integrität des Unternehmens in Frage gestellt wird (§ 124 Abs. 1 Nr. 3 GWB).

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen:

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: Eigenerklärung, dass bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen wurde (§ 124 Abs. 1 Nr. 1 GWB).

Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge: Eigenerklärung, dass das Unternehmen seine Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung, soweit es der Pflicht zur Beitragszahlung unterfällt, ordnungsgemäß erfüllt hat (§ 123 Abs. 4 GWB).

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: Angabe des Berufs-/Handelsregisters und der Registernummer.

Entrichtung von Steuern: Eigenerklärung, dass das Unternehmen seine Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung, soweit es der Pflicht zur Beitragszahlung unterfällt, ordnungsgemäß erfüllt hat (§ 123 Abs. 4 GWB).

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten: Eigenerklärung, dass keine Ausschlussgründe i.S.v. § 123 Abs. 1 bis 3 GWB vorliegen.

Rein innerstaatliche Ausschlussgründe: • Nur von Bietern und jedem Mitglied einer Bietergemeinschaft abzugeben: Eigenerklärung zu Art. 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der jeweils geltenden Fassung. • Nur bei Bietergemeinschaften:

Bietergemeinschaftserklärung mit Erklärung der gesamtschuldnerischen Haftung und Angabe eines bevollmächtigten Vertreters und Darstellung, welches Unternehmen/Büro welchen Bereich übernimmt und wie die Zusammenarbeit erfolgen soll • Nur, wenn Unterauftragnehmer oder Unternehmen im Rahmen der Eignungsleihe (§ 47 VgV) eingesetzt werden sollen: Darstellung, welches Unternehmen/Büro welchen Bereich übernimmt und wie die Zusammenarbeit erfolgen soll. - Eigenerklärung, dass für das Unternehmen kein Ausschlussgrund i. S. v. § 21 Abs. 1 des Arbeitnehmerentsendegesetzes (AEntG), § 98c des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG), § 19 Abs. 1 des Mindestlohngesetzes (MiLoG) oder § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes (SchwarzArbG) vorliegt.

5. Los

5.1. Los: LOT-0000

Titel: Vergabeverfahren Tragwerksplanung für den Neubau einer Kita im Fritz-Ulrich-Weg in Schwaikheim

Beschreibung: Gegenstand dieses Vergabeverfahrens sind Leistungen der Tragwerksplanung und weitere Leistungen für den Neubau einer Kita im Fritz-Ulrich-Weg in Schwaikheim (stufenweise Beauftragung, siehe Vertrag). Der geplante Neubau einer 4-gruppigen Kindertagesstätte mit zwei U3-Gruppen (Unterdreijährige) und zwei Ü3-Gruppen (Überdreijährige) soll im Bereich des Fritz-Ulrich-Wegs in Schwaikheim auf einer vorhandenen Freizeit- und Grünfläche auf dem Grundstück Flst. Nr. 7885 errichtet werden. Das Grundstück steht im Eigentum der Gemeinde Schwaikheim und ist Teil einer Grünfläche mit aktueller Teilnutzung als Freizeitanlage (u.a. Bolzplatz). Das Grundstück liegt derzeit im Geltungsbereich des Bebauungsplans Bühl II. Für das Flurstück 7885 wird derzeit ein neuer Bebauungsplan aufgestellt. Die erforderlichen Stellplätze sind auf dem Flurstück 725/4 zu planen. Das Flurstück 725/4 liegt im Geltungsbereich des Bebauungsplans Bühl I. Näheres ist in den Vergabeunterlagen geregelt.

Interne Kennung: LOT-0000

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Verlängerung bei Verzögerung des Projekts.

5.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Marktplatz 2 - 4

Stadt: Schwaikheim

Postleitzahl: 71409

Land, Gliederung (NUTS): Rems-Murr-Kreis (DE116)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 20/05/2025

Enddatum der Laufzeit: 31/03/2027

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten

Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Kriterium:

Art: Eignung zur Berufsausübung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Jeder Bieter und jedes Mitglied einer

Bietergemeinschaft und jeder Nachunternehmer im Falle der Eignungleihe (§ 47 VgV)

müssen mit dem Angebot folgende Eigenerklärungen abgeben (Mindestanforderungen): •

Eigenerklärung, dass keine Ausschlussgründe i.S.v. § 123 Abs. 1 bis 3 GWB vorliegen. •

Eigenerklärung, dass das Unternehmen seine Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und

Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung, soweit es der Pflicht zur

Beitragszahlung unterfällt, ordnungsgemäß erfüllt hat (§ 123 Abs. 4 GWB). • Angaben zu

Insolvenzverfahren und Liquidation (§ 124 Abs. 1 Nr. 2 GWB). • Eigenerklärung, dass bei der

Ausführung öffentlicher Aufträge nicht gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche

Verpflichtungen verstoßen wurde (§ 124 Abs. 1 Nr. 1 GWB). • Eigenerklärung, dass im

Rahmen der beruflichen Tätigkeit keine schwere Verfehlung begangen wurde, durch die die

Integrität des Unternehmens in Frage gestellt wird (§ 124 Abs. 1 Nr. 3 GWB). •

Eigenerklärung, dass mit anderen Unternehmen keine Vereinbarungen getroffen oder

Verhaltensweisen aufeinander abgestimmt wurden, die eine Verhinderung, eine

Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken (§ 124 Abs. 1

Nr. 4 GWB). • Eigenerklärung, dass für das Unternehmen kein Ausschlussgrund i. S. v. § 21

Abs. 1 des Arbeitnehmerentendegesetzes (AEntG), § 98c des Aufenthaltsgesetzes

(AufenthG), § 19 Abs. 1 des Mindestlohngesetzes (MiLoG) oder § 21 des

Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes (SchwarzArbG) vorliegt. • Angabe des Berufs-/Handelsregisters und der Registernummer. • Eigenerklärung, dass die Leistungserbringung unabhängig von Ausführungs- und Lieferinteressen erbracht wird, und Erklärung zu wirtschaftlichen Verknüpfungen mit Dritten, die für die zu vergebenden Leistungen relevant sind. • Nur von Bieter und jedem Mitglied einer Bietergemeinschaft abzugeben: Eigenerklärung zu Art. 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der jeweils geltenden Fassung. • Nur bei Bietergemeinschaften: Bietergemeinschaftserklärung mit Erklärung der gesamtschuldnerischen Haftung und Angabe eines bevollmächtigten Vertreters und Darstellung, welches Unternehmen/Büro welchen Bereich übernimmt und wie die Zusammenarbeit erfolgen soll • Nur, wenn Unterauftragnehmer oder Unternehmen im Rahmen der Eignungsleihe (§ 47 VgV) eingesetzt werden sollen: Darstellung, welches Unternehmen /Büro welchen Bereich übernimmt und wie die Zusammenarbeit erfolgen soll.

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Jeder Bieter und jedes Mitglied einer Bietergemeinschaft müssen mit dem Angebot folgende Mindestanforderungen erfüllen: • Eigenerklärung über den Umsatz (netto) in den Jahren 2022, 2023 und 2024 (falls der Umsatz für 2024 noch nicht vorliegt, sind die Angaben für die Jahre 2021, 2022 und 2023 zu machen) im Bereich der zu vergebenden Leistungen. • Jeder Bieter und jedes Mitglied einer Bietergemeinschaft müssen entweder eine Betriebs-/Berufshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme von mind. 2 Mio. Euro für Personenschäden und mindestens 2 Mio. Euro für Sach- und Vermögensschäden, jeweils zweifach maximiert pro Jahr, nachweisen oder erklären, dass eine entsprechende Betriebs-/Berufshaftpflichtversicherung im Falle der Zuschlagserteilung vor der Zuschlagserteilung abgeschlossen wird.

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Jeder Bieter und jede Bietergemeinschaft müssen im Angebot mindestens drei Referenzen angeben werden, die die nachfolgend genannte Anforderungen erfüllen (Mindestbedingungen). Für alle nachfolgend genannten Referenzen muss im Angebot ein Ansprechpartner des Referenzgebers für Rückfragen angegeben werden. Zudem muss dem Angebot für jede Referenz eine aussagekräftige Projektbeschreibung beigefügt werden. Hinweis für Bietergemeinschaften und Bieter mit Nachunternehmern: Die Referenzanforderungen müssen von dem Unternehmen/Büro nachgewiesen werden, das im Falle der Zuschlagserteilung den betreffenden Bereich übernehmen soll. Alle drei Referenzen müssen jeweils folgende Grundanforderungen erfüllen: • Es müssen mindestens die wesentlichen Grundleistungen der Leistungsphasen 2 bis 6 i.S.v. § 51 Abs. 1 HOAI i.V.m. Anlage 14.1 der HOAI erbracht worden sein. • Die Leistungsphase 6 muss im Zeitraum 01.01.2019 bis zum Ablauf der Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge abgeschlossen worden sein. • Die Kosten der KG 300 und 400 der DIN 276 müssen sich bei jeder Referenz in Summe auf mindestens 2 Mio. Euro brutto belaufen. • Es muss sich um Referenzen für einen Hochbau handeln. • Im Angebot muss für jede Referenz ein Ansprechpartner des Referenzgebers für Rückfragen angegeben werden. • Für jede Referenz muss dem Angebot eine aussagekräftige Projektbeschreibung beigefügt werden. Die Referenzen müssen ferner folgende besondere Anforderung erfüllen: Bei mindestens einer der drei Referenzen muss es sich um eine Referenz für einen Auftraggeber im Sinne von § 99 GWB bzw. der entsprechenden Regelungen im EU-Vergaberecht handeln.

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Persönliche Referenzen leitender Ingenieur

Beschreibung: Persönliche Referenzen leitender Ingenieur

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 30

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Preis

Beschreibung: Preis, Wertungshonorar

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 70

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.vergabe24.de/vergabeunterlagen/54321-Tender-1959ac84fbb-2766082657437fa6>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe**Bedingungen für die Einreichung:**

Elektronische Einreichung: Zulässig

Adresse für die Einreichung: <https://www.vergabe24.de>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Angebote: 17/04/2025 10:00:00 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können: Die Vergabestelle behält sich vor, fehlende Angaben und Unterlagen nach Maßgabe von § 56 Abs. 2 bis 4 VgV nachzufordern (Ermessen der Vergabestelle). Bewerber /Bieter haben jedoch keinen Anspruch darauf, dass fehlende Angaben oder Unterlagen nachgefordert werden. Zusätzliche Informationen: Um einen möglichen Ausschluss zu vermeiden, reichen Sie bitte ein vollständiges Angebot ein. Allgemeine Informationen: Die für die Abgabe eines Angebots erforderlichen Vergabeunterlagen können mit und ohne Registrierung angegebenen Link kostenlos angesehen und heruntergeladen werden. Angebote sind ausschließlich elektronisch in Textform über die angegebene Vergabepattform einzureichen. Es ist unzulässig, Angebote stattdessen unmittelbar an die Vergabestelle zu senden. Rückfragen müssen ebenfalls über die angegebene Vergabepattform gestellt werden. Die - anonymisierten - Rückfragen und Antworten und etwaige Änderungen und Ergänzungen der Vergabeunterlagen werden nur auf der Vergabepattform zur Verfügung gestellt. Alle Interessenten müssen sich daher regelmäßig selbst auf der Vergabepattform informieren, ob Rückfragen und Antworten, Änderungen oder Ergänzungen zur Verfügung eingestellt wurden, die dann bei der Erstellung der Angebote zu beachten sind.

Informationen über die öffentliche Angebotsöffnung:

Eröffnungstermin: 17/04/2025 10:00:00 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Eröffnungstermin — Beschreibung: Bieter sind nicht zugelassen.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Für jeden Bieter und jedes Mitglied einer Bietergemeinschaft muss die Eigenerklärung zu Art. 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der jeweils geltenden Fassung (Sanktions-VO) mit dem Angebot abgegeben werden. Die Eigenerklärung wird mit den Vergabeunterlagen zur Verfügung gestellt. Für jeden Bieter, jedes Mitglied einer Bietergemeinschaft und für jeden Nachunternehmer muss die Verpflichtungserklärung Mindestentgelt nach dem Landestariftreue- und Mindestlohngesetz entweder mit dem Angebot oder mit dem Erstangebot abgegeben werden.

Elektronische Rechnungsstellung: Zulässig

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Regierungspräsidium Karlsruhe

Informationen über die Überprüfungsfristen: Information über die Überprüfungsfristen: Um eine Korrektur des Vergabeverfahrens zu erreichen, kann ein Nachprüfungsantrag bei der Vergabekammer Baden-Württemberg gestellt werden, solange der Auftraggeber noch keinen wirksamen Zuschlag erteilt hat. Ein wirksamer Zuschlag kann erst erteilt werden, nachdem der Auftraggeber die unterlegenen Bieter über die beabsichtigte Zuschlagserteilung nach § 134 GWB informiert hat und 15 Kalendertage bzw. bei Versendung der Informationen per Fax oder auf elektronischem Weg 10 Kalendertage vergangen sind (§§ 134, 135 GWB). Ein Nachprüfungsantrag ist unzulässig, wenn der Antragsteller die geltend gemachten Verstöße gegen Vergabevorschriften bereits vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat bzw. wenn der Antragsteller Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt hat oder der Antragsteller Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt hat. Ferner ist ein Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind (§ 160 Abs. 3 GWB).

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Gemeinde Schwaikheim

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Gemeinde Schwaikheim

TED eSender: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

8. Organisationen

8.1. ORG-7001

Offizielle Bezeichnung: Gemeinde Schwaikheim
Registrierungsnummer: t:071955820
Postanschrift: Marktplatz 2 - 4
Stadt: Schwaikheim
Postleitzahl: 71409
Land, Gliederung (NUTS): Rems-Murr-Kreis (DE116)
Land: Deutschland
Kontaktperson: Gemeinde Schwaikheim, Bauamt
E-Mail: bauamt@schwaikheim.de
Telefon: +49 719558229
Fax: +49 719558245
Internetadresse: <https://www.schwaikheim.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-7004

Offizielle Bezeichnung: Regierungspräsidium Karlsruhe
Registrierungsnummer: t:07219263985
Postanschrift: Durlacher Allee 100
Stadt: Karlsruhe
Postleitzahl: 76137
Land, Gliederung (NUTS): Karlsruhe, Stadtkreis (DE122)
Land: Deutschland
E-Mail: vergabekammer@rpk.bwl.de
Telefon: +497219268730

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-7005

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)
Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83
Stadt: Bonn
Postleitzahl: 53119
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)
Land: Deutschland
E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de
Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 31803eaa-e44d-460d-84ee-ec22646f720e - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 17/03/2025 15:35:41 (UTC+01:00)

Mitteleuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 175663-2025

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 55/2025

Datum der Veröffentlichung: 19/03/2025